

Win Labuda

Zur Problematik der politischen Laiendiskussion

*mit einem Laien-Diskussions-Beispiel
zum aktuellen Thema: Russland und der
Ukrainekrieg*

Dieses Essay besteht aus 3 Teilen:

Teil I: Laien-Diskussion - als wichtiger Teil politischer Willensbildung Seite 2

Teil II: Elf Laiendispute Russland betreffend Seite 4

Teil III: Zur Person des Präsidenten Putin Seite 16

Teil I: Laien-Diskussion - als wichtiger Teil politischer Willensbildung (Themen 1-11)

Politische Willensbildung findet in der Öffentlichkeit aber insbesondere auch im Rahmen privat geführter Laien-Diskussionen und Dispute statt. Die Menschen diskutieren am Arbeitsplatz, in der Schule, an den Stammtischen und zu Hause was sie von der zurück liegenden oder gegenwärtigen Politik halten, was sie geändert wissen möchten, welche Partei oder wen sie evtl. wählen würden damit ihre politischen Ideen realisiert werden oder ihren Bedürfnissen entsprochen wird. Bevorzugtes Diskussions-Thema der vergangenen 3 Jahre war die Corona-Pandemie. Diese Diskussion wurde seit Februar 2022 vom Thema Ukrainekrieg abgelöst. Die vorliegende Arbeit kommentiert in diesem Zusammenhang Probleme der Laiendiskussion. Aus Gesprächen wird deutlich, dass viele politische Laien- Disputanten eher selten Zugang zur aktuellen politischen, geo- oder militärpolitischen Literatur suchen. Politiker hingegen bilden sich vornehmlich im Rahmen eines Studiums der Verwaltungswissenschaften, Politologie und Volkswirtschaft, von Kongressen und Parteitag, durch Kollegengespräche und Informationen der Bundesämter. Hochkarätige Politiker haben jedoch zusätzlich Zugang zu den Informationen der Nachrichtendienste, die der Mehrheit der Bürger nicht zugänglich sind. Vorrangige Informationsquelle aller dieser Gruppen ist wie zu erwarten - das Internet. Dies gilt auch für Laien-Disputanten, die ihre Informationen auch über die News-Agencies (dpa, afp, reuters, etc.) bzw. durch TV-Nachrichten, Rundfunk und Presse, seltener auch aus ihrer Zugehörigkeit zu politischen Gruppen erhalten. In der Mehrzahl haben Laien-Disputanten bei der Beurteilung politischer Ziele, militärischer Fakten und internationaler Fragen politischen Bildungsbedarf. Die Betrachtungsweise vieler Politik-Interessierter wird in hohem Maße von der eigenen Lebens-Situation, Herkunft, Bildungsgrad, Befindlichkeit sowie von deren emotionaler Erregbarkeit bestimmt.

Die Emotionalisierung mancher Konflikte bis hin zu Politikerhass, Straßenkampf und kriminellem Rowdytum gegen die Polizei wird immer öfter zum Problem für unsere Demokratie und deren Ordnungskräfte. Sie ist jedoch ein der Demokratie systemimmanentes Phänomen. Demokratie bindet alle ein, aber dies geschieht eben langsam. Geduld ist die wesentliche Voraussetzung für Erfolge im demokratischen Umfeld.

Im Rahmen der Entwicklung neuer Medien haben sich bei den Fernsehanstalten seit Werner Höfers „Der internationale Frühschoppen“ im Jahr 1952 mehr oder weniger politisch ausgerichtete TV-Talkshows etabliert, bei denen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen von Diskussionen und Disputen - zu Wort kommen. Solche Talkshows erreichen ein Millionenpublikum und sind unübertroffen in der Beeinflussbarkeit der Menschen bei uns. Dazu gehören beispielsweise Sendungen wie „Maybritt Illner“-ZDF, „Markus Lanz“-ZDF, „Sandra Maischberger“-ARD, „hart aber fair“ mit Frank Plasberg im Ersten und „Anne Will“-ARD. Sie sind nicht ausschließlich auf Politik bezogen, bedienen aber oftmals politische Themen. Nach einer Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse aus den Jahren 2018- 2022 gibt es in einer Voraussage für das Jahr 2022 immerhin 7,15 Mio. Personen ab 14 Jahre, die sich im Fernsehen *sehr gern* politische Talkshows ansehen.

Führende Politiker haben Einfluss auf die Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Vorhaben. Naturgemäß sind sie hoher Stress-Belastung ausgesetzt und auch gesundheitlichen Problemen und menschlichen Schwächen unterworfen, die sich auf ihre politische Tätigkeit auswirken können. Je autokratischer ein Land regiert ist, desto mehr Macht ist auf einzelne Personen konzentriert, desto höher ist auch die Irrtums- und Korruptions-Wahrscheinlichkeit. Normalerweise sind autokratische Systeme durch die folgenden Beschränkungen gekennzeichnet: beschränkte Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Kritik am System oder dem Autokraten, Beschränkung von Parteigründungen, der Kritik oder der Verächtlichmachung der Staatsorgane des Militärs oder der Gerichtsbarkeit, die nicht unabhängig ist. Der Autokrat ist keiner Gerichtsbarkeit unterworfen. Autokratisch regierte Regime finden wir in China, Polen, Russland, Türkei, Ungarn, Vatikan, Venezuela und anderen Ländern. Als Ergebnis einer Studie der Bertelsmann-Stiftung waren 58 von 129 untersuchten Regierungen in Transformations- und Entwicklungsländern Autokratien. Dies wird dann problematisch, wenn die Allmachtsperson, der Autokrat und die Erfüllungsgehilfen nicht mehr staats- sondern ego-orientiert agieren. Über die persönliche Befindlichkeit führender Politiker sowie ihre etwaige körperliche und geistig-seelische Versehrtheit, Korruptheit [1] Suchtkrankheiten wie Alkoholismus (Boris Jelzin), und Drogensucht (Leonid Breschnew) erfahren die Wahlbürger normalerweise erst viel später, etwa nach erzwungenem Outing aus den Akten von Untersuchungs-Ausschüssen oder durch die Historiker [2].

So wurde der Öffentlichkeit erst nach seinem Tod bekannt, dass Willy Brandt während seiner Amtszeit neben schwerer Depression an einer Satyriasis-Erkrankung litt [3], die ihn beide immer wieder ans Bett fesselten. Leonid Breschnew war von der Stalinzeit an Tabletten-süchtig und bot deswegen sogar seinen Rücktritt an. Dieser wurde vom sowjetischen Politbüro jedoch abgelehnt [4].

Im 2. Teil dieses Essays sollen 11 Themen-orientierte, tatsächlich stattgefundenen Laien-Dispute zwischen pro-russischem und pro-westlichem Disputanten wiedergegeben werden.

Die nachstehend beschriebenen Diskussionen beruhen auf real wiederholt stattgefundenen Gesprächen zwischen einem russisch-stämmigen Emigranten der zumindest bis zum Beginn des Ukrainekriegs dem russischen politischen System zugewandt war und einem geistig und emotional im westlichen Demokratiesystem verankerten, noch im Hitlerreich geborenen Deutschen. Die Argumente des pro-russischen Emigranten sind jeweils den Einzeltexten in Fettschrift vorangestellt.

Teil II: Elf Laiendispute Russland betreffend

- 1 - antirussischer Genozid in der Ukraine
- 2 - Donbas stark an Russland orientiert
- 3 - Janukowitsch mit Gewalt vertrieben
- 4 - UdSSR Zerfall ist eine Katastrophe
- 5 - Russland 1990 vom Westen betrogen
- 6 - Ukraine Kriegs-TV zumeist gefälscht.
- 7 - Putins Kooperationswille ignoriert.
- 8 - Ukraine-Krieg - wie alle Kriege
- 9 - Irak-Krieg vom Westen angezettelt
- 10 - Russland-Präsenz in Syrien legal
- 11 - Russland in der Nato unwillkommen

Thema 1 - Es habe in der Ukraine an der russisch-stämmigen Bevölkerung einen Genozid gegeben.

Antwort: Der sog. „ukrainische Genozid“ an russisch-stämmigen Einwohnern des Donbass und in Luhansk war der zentrale, kriegsbegründende Vorwurf Russlands gegenüber der Ukraine. Es stellt sich nun die Frage, ab welcher Anzahl getöteter oder versehrteter Personen einer anderen Rasse oder Nation der Gebrauch des Begriffs *Genozid* angemessen ist.

Bei den Genoziden des deutschen Holocaust (5,7 Mio.) der russischen Vertreibungen (Dekulakisierung, Holodomov, Dekosakisierung, großer Terror) zwischen 1932 und 1953 wurden 1,2 Mio. Menschen hingerichtet (Quelle NKWD), 5 Millionen Ukrainer wurden von der UdSSR ausgehungert, 6 Millionen wurden deportiert, von denen 1,5 Mio. einen vorzeitigen Tod erlitten. Russland gehört also zu den Mega-Killern der Weltgeschichte.

Der Begriff *Genozid* geht zurück auf die Schriften des russischen Rechtsanwalts Raphael Lemkin (1900-1950) Schon erste Entwürfe der UN-Genozid-Konvention von 1948, die seine Handschrift tragen, legen den Genozid-Begriff zugrunde. Zunächst beschäftigte Lemkin sich mit dem armenischen Genozid. Lemkin war später auch im Rahmen der Nürnberger Holocaust-Prozesse als Assistent des Hauptanklage-Vertreters Robert H. Jackson aktiv. Er basierte seine Formulierung also

260 (III). Prevention and punishment of the crime of genocide

A

ADOPTION OF THE CONVENTION ON THE PREVENTION AND PUNISHMENT OF THE CRIME OF GENOCIDE, AND TEXT OF THE CONVENTION

The General Assembly

Approves the annexed Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide and proposes it for signature and ratification or accession in accordance with its article XI.

Hundred and seventy-ninth plenary meeting,
9 December 1948.

Abb. 1 Ausschnitt aus der Original UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9.12.1948, Quelle: Archiv der UN (gemeinfrei)

auf Genozide größter Dimension. Bei der Formulierung der UN-Charta im Jahr 1948 hat er für die Zusammenfassung der betroffenen Personen den Begriff „Gruppierungen“ gebraucht. Vor dem Hintergrund der Zahlen des jüdischen Holocaust hat er im Zusammenhang mit dem Begriff *Gruppe* sicher keine Grenzkonflikte zwischen Völkern im Sinn gehabt, die sich in der Ethnie nicht wesentlich voneinander unterscheiden und auch keine Grenzstreite mit weniger als 2000 Toten per annum (deutscher Holocaust = 2,4 Mio. Tote p.a.).

Es gab in der Ukraine offenbar keinen Genozid...

Die „Deutsche Welle“ berichtet in ihrem Faktencheck:

„Der Begriff Genozid ist durch die UN-Völkermord-Konvention aus dem Jahr 1948 als ein Verbrechen der vorsätzlichen, gänzlichen oder teilweisen Auslöschung einer nationalen, ethnischen oder religiösen Gruppe definiert. Berichte von derartigen gezielten Massentötungen von Zivilisten in der Ukraine gibt es nicht, obwohl alle zivilen Opfer des Konfliktes von internationalen Beobachtern seit 2014 penibel dokumentiert werden. Die regelmäßigen Berichte der OSZE-Beobachtermission die seit 2014 auf beiden Seiten der „Kontaktlinie“ in der Ostukraine, auch mit Zustimmung Russlands unterwegs ist, geben keinerlei Anhaltspunkte für einen systematischen Mord an der Zivilbevölkerung. Zivile Opfer des Konfliktes sind den Beobachtern zufolge auf die Kampfhandlungen oder deren Folgen zurückzuführen. Insgesamt sind den Angaben des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte aus dem Jahr 2021 zufolge bisher circa 3000 Zivilisten im Kriegsgebiet in der Ostukraine ums Leben gekommen.“



Abb. 2 Prof. Dr. Raphael Lemkin (1900-1950), Foto: https://wiki.dach-ukraine.de/index.php?title=Raphael_Lemkin_und_der_ukrainische_Holodomor

Aber Präsident Putins Krieg hat bei *vorsichtiger* Betrachtung der div. Angaben über die Kriegsoffer-Zahlen beider Parteien von Februar bis Ende Oktober 2022 insgesamt etwa 250.000 Tote gefordert (FAZ 11.11.2022) und mindestens die gleiche Anzahl an Verletzten. Durch die Bildberichterstattung der Medien ist es zudem ganz offensichtlich geworden, dass Russland bei seinen Kriegshandlungen völkerrechtswidrig keinen Unterschied zwischen *Militär- und Zivilpersonen* macht. Im Völkerrecht ist Kriegshandlungen betreffend zwar einem gewissen Kollateralschaden Rechnung getragen, aber stets unter Zugrundelegung des *Notwendigkeits-* als auch des *Verhältnismäßigkeits-Prinzips* [5]. Im vierten Genfer Abkommen von 1949 ist der Schutz von Zivilpersonen in besetzten Gebieten geregelt. Auch dies brachte Russland große Enttäuschungen bei den Voten der UNO-Vollversammlung. Insbesondere der Versuch aktuelle Kriegshandlungen aus 1000 Jahre alten Mythen heraus zu rechtfertigen stieß nicht überall auf Verständnis. Wir haben es gesehen: Beim Votum der UNO-Vollversammlung betreffend Russlands Annektion ukrainischer Gebiete am 12.10.2022 votierten von 193 wahlberechtigten Nationen 143 gegen Russland, 35 enthielten sich der Stimme und ganze 4 Nationen votierten für Russland (Belarus, Nicaragua, Nordkorea und Syrien). Russland ist heute isoliert.

Thema 2 - Die Bevölkerung der im Oktober 2022 annektierten Gebiete sei mehrheitlich Russland-stämmig.

Antwort: Es ist unwiderrspochen so, dass es auf der Krim und in den Gebieten Luhansk, Donezk, Cherson und Saporschtschja viele russisch-stämmige und russischsprachige Bewohner gibt. Diese optieren eher für einen Anschluss an Russland als für eine ukrainische Regierung. Darüber kam es – auch durch russisch-nationale Kräfte gefördert – zu Feindseligkeiten zwischen den bisherig friedlichen Gebietsbewohnern. Wie oftmals berichtet, lebten die Menschen in den heute russisch besetzten Gebieten lange Jahre friedlich miteinander. Die ukrainische Bevölkerung war beim Zensus 2001 in den Oblasten Donezk und Luhansk etwas in der Überzahl: (Quelle: Deutsche Welle)

Herkunft der Bewohner
Oblaste Donezk und Luhansk
UKR 4,21 Mio. - 59,8 %
RUS 2,83 Mio. - 40,2 %

Anders scheint die Situation bei den Nationalsprachen: In der Süd- und Ostukraine dominiert mit 67 % deutlich Russisch als Muttersprache. Viele Menschen sprechen hier beide Sprachen. Nur 3,5 % gaben Ukrainisch als ihre Muttersprache an. Zu Versuchen einer begütigenden Grenzregelung mit dem Ziel eines ukrainischen Staatserhalts ist es hier nicht wirklich gekommen. Alle bekannten Operationen hatten das Ziel der Trennung der Bewohner voneinander unter der Voraussetzung eines Territorialgewinns der russischsprachigen Seite. Die Aktivitäten gipfelten dann zunächst in einem kriegerischen Akt Russlands, nämlich in der Annektion der Krim. Die russische Seite nutzte und nutzt dabei dem Vernehmen nach generell das Mittel *druckvoller Referenden* um eine veränderte territoriale Realität zu schaffen, die dann im September 2022 auf schein-demokratischer Basis zustande kommen sollte. Russland vertritt offenbar die Meinung, dass ein gewonnenes Referendum automatisch eine völkerrechtlich sanktionierte territoriale und nationale Veränderung begründe, was jedoch nicht der Völkerrechtslage entspricht.

Es ist also nicht erkennbar, aus welchen völkerrechtlich gesicherten Gründen die russische Regierung für sich reklamiert, die politische Grundordnung ihrer Nachbarstaaten, beispielsweise im Sinne einer Zwangsneutralität oder einer Okkupation zu verändern, lediglich damit Russland (im unwahrscheinlichen Kriegsfall) einen höheren territorialen Sicherheits-Abstand zum möglichen Feind erhält. Schließlich ist Russland historisch gesehen selbst einer der weltweit aktivsten Aggressoren [6].

Vergleichbare Konstellationen gab es in der europäischen Geschichte mehrfach, allerdings mit unterschiedlichem Ausgang. Nachstehend zwei Beispiele aus der deutschen Geschichte: Im Jahr 1864 suchte der dänische König Christian IX das Herzogtum Schleswig zu annektieren, worauf es unter den mehrheitlich deutschsprachigen Bewohnern zu Unruhen kam. Im darauffolgenden Deutsch-Dänischen Krieg ging es wesentlich um eine Territorial-Streitigkeit, die kriegerisch von Preußen/Österreich einerseits und andererseits vom dänischen



Abb. 3 Frontverlauf im Mai 2022, Karte: taz-grafik: infotext-berlin.de/L.N.

Gesamtstaat „auf kleiner Flamme“ wenngleich nicht unblutig ausgetragen wurde. Es gab bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen im dänischen Südjütland durch die preußische Armee insgesamt 963 Gefallene. Der Krieg dauerte genau 9 Monate und nachdem Preußen/Österreich das Herzogtum Schleswig eingenommen hatte entstand im *Wiener Frieden* vom 30.10.1864 ein Zusammenschluss der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg unter preußischer Herrschaft. Die Dänen arrangierten sich und wurden zum großen Teil preußische Bürger.

Im Mai 1871 wurde im Frieden von Frankfurt das Gebiet von Elsass-Lothringen (1,87 Mio. EW, davon 1,63 Mio. EW deutscher Muttersprache) Deutschland angegliedert. Im Jahr 1919 wurde das Gebiet durch den Versailler Vertrag von den Siegermächten wieder Frankreich zugeschlagen. Etwa 300.000 seit 1871 eingewanderte Personen einschl. Nachkommen mussten daraufhin das Land verlassen. 1940 besetzte dann die deutsche Wehrmacht das Elsass. Nach 1945 wurde es wieder Französisch, und man versuchte es fortan an die französische Kultur und Sprache zu assimilieren. Dies gelang insbesondere auf dem Gebiet der Landessprache. Im Jahr 1946 sprachen noch 96 % der Bevölkerung Elsässisch, einen deutsch-alemannischen Akzent. Sechzig Jahre später waren es nur noch ca. 41 %.



Abb. 4 Wiktor Fedorowytsch Janukowytsch (*1950), gewählter Staatspräsident der Ukraine von 2010-2014. Offizielles Portrait 2007, Foto: Government of Ukraine via Wikimedia Commons

Thema 3 - Wiktor Janukowitsch sei demokratisch gewählt, aber mit westlicher Hilfe vertrieben worden.

Antwort: In diesem Zusammenhang werden in Gesprächen oftmals die Aktivitäten westlicher Akteure zur Befreiung der Ukraine aus russischer Abhängigkeit im Rahmen der rechtmäßig frei gewählten Janukowitsch-Regierung kritisiert. Es wird wahrheitsgemäß eingewandt, dass es sich bei der Janukowitsch-Regierung um die frei gewählte Regierung der Ukraine, allerdings mit Bindung an Russland handelte. Andererseits hatte die Vertreibung der Janukowitsch-Regierung freie Wahlen zur Folge, die letzten Endes zu einer demokratisch gewählten Regierung führten. Im Rahmen einer Wertebewertung würden die demokratisch orientierten Kräfte also stets für die Absetzung der dem Vernehmen nach von Russland gesteuerten Janukowitsch-Regierung optieren und die ukrainisch orientierten Kräfte würden Janukowitsch Hilfe für Russland bei der Annektion vorwerfen.

Freiheit als Mission

Nachstehend beschreiben wir eine Realität, die hochgradig für die gesamten westlichen Demokratien zutrifft: Für Viele, die jetzt unter einer demokratisch gewählten Regierung leben dürfen, ist das Russland von heute ein antidemokratischer, zunehmend faschistischer von seiner eigenen politischen Klasse kujoniertes Staatswesen. Menschen, die gegenwärtig unter einer Autokraten-geführten Regierung leben, haben nach

Meinung von Demokraten ein moralisches Recht auf Befreiung. Das ist jedoch problematisch [7]. Dass es Menschen gibt, die vorzugsweise unter autokratischer Herrschaft leben, ist für diese Gruppe nicht vorstellbar. Aber natürlich ist „Freiheit“ ein Kapital, das uns erst dann berührt, wenn wir genug Nahrung, ein Dach über dem Kopf, medizinische Versorgung und einen Zukunftshorizont haben. Erst dann ist Freiheit überhaupt als Teil der Würde des Menschen erlebbar und nutzbar. Das ist bei einem zunehmend großen Teil der Menschheit nicht der Fall. Für sie trifft das oben Gesagte nicht zu: Für sie ist Russland ein ganz normaler Staat, der für Viele, vielleicht sogar attraktiver ist als der Eigene.

Wenn man Presse-Berichten zu dem Thema glauben darf, dann hat auch Russland zu dem politischen Unfrieden in den jetzt annektierten ukrainischen Gebieten einen Beitrag geleistet, indem es Gruppierungen finanziell gefördert hat, die nicht an einer Befriedung der betroffenen Regionen interessiert waren, sondern an einem Nationalitätenwechsel im Sinne nicht wirklich frei gewählter Umnationalisierung. Igor Martinow, der Verwaltungschef der *Donezker Umlandgebiete* gab im Jahr 2014 der FAZ ein Interview in dem er sagte: Bei der Unterstützung aus Russland ginge es nicht nur „um ein bisschen Geld“, sondern um hohe Summen. So zahle Russland die Kosten der städtischen Dienste, des Nahverkehrs und der Schulen. Auch Renten und Sozialleistungen kämen aus Russland. Die Verwaltung in Donezk könne nur 20 % ihres Finanzbedarfs aus ihren eigenen Einnahmen decken (Quelle Reuters 21.11.2014).

Diese prinzipielle Ausrichtung der russischen Politik in Richtung endgültiger Annektion eines großen Teils des ukrainischen Territoriums wurde wieder offenkundig, als nämlich die russische Regierung jüngst ein Referendum durchführen ließ, im Rahmen dessen offenbar Druck auf die Bevölkerung ausgeübt wurde, ihre Nationalitäten-Wahl für die russische Seite abzugeben, widrigenfalls sie mit persönlichen Repressalien zu rechnen hätte. Offenbar ist es in den betroffenen Gebieten der Ukraine von Seiten der russischen Regierung nie zuvor zu erfolgreichen Versuchen einer Befriedung der Bevölkerung *innerhalb* der Grenzen des ukrainischen Territoriums oder wenigstens ihrer sprachlichen Identität gekommen.

Der Wunsch der russischen Föderationsregierung nach russisch dominierten oder politisch neutralisierten Anrainerstaaten geht einher mit dem geradezu hysterisch vorgebrachten Sicherheits-Bedürfnis, das nach Putins Auffassung mit der Auflösung der Sowjetunion als der „größten geopolitischen Katastrophe des XX. Jahrhunderts“ in Zusammenhang steht. Aber was Russland wünscht, ist im Völkerrecht nicht vorgesehen und lässt sich *ohne Gewaltanwendung* vermutlich weder herbeiführen noch über lange Zeiträume erhalten. Präsident Putin weiß das natürlich und hat sich dennoch für die Gewaltlösung entschieden, die ihm allerdings die Möglichkeit beschert, sich als



Abb. 5 Präsident der Ukraine Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj (*1978), seit Mai 2019 gewählter Präsident der Ukraine Foto: Україна, CC0, via Wikimedia Commons



Abb. 6 Leonid Iljitsch Breschnew (1906-1982), Ukrainer, 1964-1982 Generalsekretär der KPDSU, Foto: Anefo via Wikimedia Commons



Abb. 7 Boris Nikolajewitsch Jelzin (1931-2007), 1991-1999 erster demokratisch gewählter Präsident Russlands. Offizielles Portrait 1996, Foto: Kremlin.ru via Wikimedia Commons

Kriegsherr darzustellen, vielleicht auch ein wenig um Barack Obama zu beweisen, dass er, Putin, mehr ist als ein „Lokalmatador und Russland mehr als eine Regionalmacht“ (Obama beim Atom-Sicherheitsgipfel 2014 in Den Haag). Auch das *russische Volksempfinden*, das in dieser Frage Putin dem Vernehmen nach mehrheitlich unterstützt, offenbart bereits den imperialistischen Geist, der dann die russische Betrachtung der wünschenswerten Weltlage dominiert. Schließlich waren alle die einst von Russland besetzten oder dominierten Staaten mehr oder weniger autarke Staatsgebilde, die nach 1945 von Russland mit Waffengewalt unterdrückt wurden (siehe auch die Volksaufstände 1953-DDR, 1956-Polen, 1968-Tschechoslowakei). Dass dies dem Vernehmen nach selbst von der über einen Zeitraum von 100 Jahren Leid-geprüften russischen Bevölkerung nicht so gesehen wird, hat hier überrascht und auch eine gewisse Ratlosigkeit hinterlassen. In der russischen Literatur ist oft die Rede davon, dass Stalin die Völker vom deutschen Faschismus befreit hat, aber es wird kaum erwähnt, dass Gorbatschow viele Völker vom russischen Imperialismus befreit hat.

Alein *Michail Gorbatschow* (1931-2022) hat ab 1987 mit seiner Glasnost*- und Perestroika**- Politik die Wende im Sinne der Wiederherstellung einer freiheitlichen Ordnung Europas auf dem Grunde der Selbstbestimmung der Völker Europas herbeigeführt. Glasnost und Perestroika waren schließlich der einzige Beitrag der Sowjetunion zu einer freiheitlichen Kultur Europas.

Unverständlich für uns, verständlich für diejenigen die Raubgut als legitimen Besitz betrachten ist es, dass dieser Politiker heute nicht nur von der russischen Regierung, sondern auch von weiten Kreisen der russischen Bevölkerung relativ wenig gewürdigt wird. Ist er doch in seiner Regierungszeit überwiegend dem naturgegebenen Prinzip der Selbstbestimmung der Völker gefolgt und hat damit die Befreiung so vieler Völker von russischer Unterdrückung und Ausbeutung bewirkt, wenn man einmal von seiner kurzfristigen Unterstützung eines Putschversuchs Moskau-treuer Militärs gegen die Unabhängigkeit hinaus absieht. Insofern steht Michail Gorbatschow für uns gleichermaßen bedeutend neben Mahatma Ghandi und Nelson Mandela. Ihm gebührt nicht nur in Deutschland die Ehre die ihm hier zuteil wird, sondern auch weite Teile Europas profitieren heute von seiner politischen Weitsicht und Moral. (*Offenheit und Transparenz **Umbau)

Thema 4 – „Der Zerfall der UdSSR sei in Wahrheit die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts.“

Antwort: Dies ist der Wortlaut Wladimir Putins bei seiner Botschaft zur Lage der Nation am 25.4.2005. Die Feststellung wurde bei uns im Westen mit Befremden aufgenommen. Das hieß ja, Putin hält es für bedauerlich dass die nachstehend genannten Länder nach der stalinistischen und späteren



Abb. 8 Michail Sergejewitsch Gorbatschow (1931-2022), Friedensnobelpreis 1990, Foto: Getty Images

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“

Der Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung wäre eine so bedeutende Verhandlungsmasse gewesen, dass sie unbedingt paraphiert worden wäre.



Abb. 9 Kohl, Genscher, Gorbatschow 1990 Foto: Sven Simon

Unterdrückung ihre Freiheit wiedererlangt hatten: Armenien, Aserbajdschan, Belarus, Georgien, Estland, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Moldau, Ostdeutschland, Polen, Tadschikistan, Turkmenistan, Ungarn, Tschechoslowakei, Ukraine und Usbekistan. Es zeigt den imperialistischen Geist, der die russische Betrachtung der wünschenswerten Weltlage schon lange dominierte. Schließlich waren viele dieser Staaten einst mehr oder weniger autarke, gewachsene Staatsgebilde, die Jahrzehnte lang von Russland beherrscht wurden. Die Unterdrückung der Volksaufstände 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei (Prager Frühling) sind in Europa unvergessene Ereignisse dieser Zeit. In Freiheit zu leben ist für Viele von uns das Erste und das Wertvollste aller Menschenrechte.

Thema 5: Russland sei 1990 bei den Deutschland-Verhandlungen vom Westen betrogen worden.

Antwort: Im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen Michail Gorbatschow, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher im Jahr 1990 ist es offenbar nicht zu der heute von russischer Regierungs-Seite wiederholt vorgebrachten mündlichen Vereinbarung mit den Westalliierten gekommen, dass die Nato auf eine Ostausdehnung verzichte. Das wäre auch absurd gewesen, allein schon deswegen, weil ja bis zum 1. Juli 1991 noch der Warschauer Pakt existierte. Michail Gorbatschow sagte am 8.11.2014 im Rahmen eines Video-Interviews dem ZDF-heute-Journal Folgendes:

Gorbatschow: „Heute fragt man mich, warum es nicht vertraglich fixiert wurde, dass die NATO sich nicht nach Osten ausdehnen dürfe. Dazu ist Folgendes zu berücksichtigen: Damals existierten sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt. Was sollte man da vertraglich fixieren? Die Frage stellte sich damals gar nicht.“

ZDF: „Das heißt, es ist ein Mythos, dass Sie vom Westen bezüglich der NATO-Osterweiterung betrogen wurden?“

Gorbatschow: „Ja, das ist tatsächlich ein Mythos. Da hat die Presse - die liebe Presse - ihre Hand im Spiel gehabt.“ ZDF: „Bis heute halten sich Darstellungen, Moskau hätte während des deutschen Vereinigungsprozesses insbesondere vor und beim Abschluss des 2 + 4-Vertrages Zusagen erhalten, das westliche Verteidigungsbündnis würde sich nicht nach Osten ausdehnen.“

Gorbatschow: „Wir bestanden darauf, dass Deutschland keinem Verteidigungsbündnis angehört - also neutral bleibt. Das endete aber damit, dass wir beim amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Camp David unsere Zustimmung für ein vereinigt Deutschland in der NATO gaben, denn: Wenn Deutschland einerseits die volle staatliche Souveränität zurückbekommt, dann war damit auch klar, dass es dann selbst über seine Bündnis-Zugehörigkeit entscheiden darf.“



Abb. 10 Ukrainische Retter kontrollieren die Überreste einer Schule in Tschernihiw (März 2022), Foto: Mvs.gov.ua via Wikimedia Commons

(Das Video mit dem Interview ist im Internet abrufbar unter dem Titel: „25 Jahre Mauerfall - Gorbatschow: Nato-Erweiterung war 1990 kein Thema.“)

Thema 6 - Die im Westen gezeigten Bilder vom Ukraine-Krieg zeigten oft gefälschtes Material (Abb. 10-11).

Antwort: Zu Beginn der russischen Kampfhandlungen im Februar des Jahres 2022 waren Manche von uns der Meinung, dass die erschütternden Bilder von der brutalen Zerstörung der Ukraine, die wir allabendlich auf den Bildschirmen sehen konnten, Fälschungen interessierter Kreise sein müssten. Mittlerweile weiß man: So viel erschütterndes Bildmaterial wie es seit Monaten Abend für Abend zu sehen ist, dessen Realität zudem von den namhaften Korrespondenten in Kiev und Moskau, sowie von Flüchtlingen bestätigt wird, lässt sich wahrscheinlich nicht einmal von Hollywood künstlich produzieren. Die Fälschungs-Vermutung hat sich leider nicht bestätigt.

Thema 7 – Präsident Putin wäre früher kooperativ gewesen. Dies wurde vom Westen jedoch ignoriert.

Antwort: Am 25. September 2001 hielt der knapp 50-jährige, sympathische Wladimir Putin - seit 16 Monaten gewählter Präsident der Russischen Föderation, vor dem deutschen Bundestag eine viel beachtete Rede in deutscher Sprache, die mit den Sätzen endete:

„...Ich bin überzeugt, wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses. Zum Schluss will ich das sagen, was zuvor für die Charakteristik von Deutschland und dessen Hauptstadt gesagt wurde und diesen Gedanken auf Russland beziehen und sagen: Wir sind am Anfang des Aufbaus der demokratischen Gesellschaft und der Marktwirtschaft. Es gibt auf diesem Wege viele Hürden und Hindernisse, die wir zu überwinden haben. Aber abgesehen von den objektiven Problemen und manchmal ganz ehrlich gesagt, auch von eigener Ungewandtheit, schlägt unter Allem das starke, lebendige Herz Russlands, welches für eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft geöffnet ist.“



Abb. 11 Beschossener Wohnkomplex am 14. März 2022 in Kiev (Bohatyrskaya-Straße), Foto: Dsns.gov.ua via Wikimedia Commons

In dieser Rede erwähnte Putin den Aufbau der demokratischen Gesellschaft in Russland. Dies fand großen Beifall und mag dazu beigetragen haben, dass unsere deutschen Politiker in den folgenden zwei Jahrzehnten verteidigungs- und energiepolitisch in den „Schlafmodus“ geschaltet hatten. Es wäre also falsch zu sagen, der Westen - in diesem Fall Deutschland - habe Präsident Putins Angebot zur Kooperation ignoriert. Wir hatten durch fahrlässige Unterlassung wichtiger Absicherungs-Mechanismen auf den Gebieten Energie- und Verteidigungspolitik durchaus gezeigt, dass wir uns auf eine mittelbare Nähe zu Russland eingelassen hatten.

Ein deutlicher Beweis für das oben Gesagte ist das deutlich gestiegene Handelsvolumen:

Deutsches Handelsvolumen (Jahre 2000-2021)

RUS - 2000-2021: von 21,4 auf 59,8 bio €

USA - 2000-2021: von 14,6 auf 50,0 bio €

(Quelle: Statista: Saldo der Außenhandelsbilanz)

Tatsache ist, dass die Außenhandels-Bilanz zwischen Russland und Deutschland im Jahr 2021 19,6 % über derjenigen der Vereinigten Staaten und Deutschland lag. Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen unseren Ländern war also definitiv extraordinär. Das zeugt von Putins Überzeugungskraft aber auch vom guten, vielleicht auch vom blinden Glauben unserer Regierenden an den russischen Präsidenten. Deutschland ignorierte also keineswegs den vermeintlichen guten Willen des russischen Präsidenten, sondern er ist ihm in Wahrheit bis zu einem Grad gefolgt, der sich angesichts der Krise in der wir uns heute im Jahr 2022 befinden, als unangemessen erweist.

Thema 8 - Putins Krieg sei furchtbar - wie alle die Kriege des Westens in Irak, Afghanistan etc.

Pro-russischer Disputant: „Wir verurteilen das Vorgehen Putins und diesen Krieg, wie die Kriege in Irak, Libyen, Syrien, Afghanistan, um nur Einige aus der jüngsten Geschichte zu benennen, aufs Schärfste!“

Antwort: Dies ist eine inakzeptable Nivellierung von Kriegshandlungen und der davon Betroffenen. Was damit gesagt wird: Zwar ist es traurig, dass Kriegshandlungen überhaupt stattfinden aber Andere tun es ja auch. Soll heißen: Nicht so schlimm, Russland ist ja nicht die einzige Nation, die solche Kriege anzettelt oder sich daran beteiligt. Solche Vergleiche werden von den Betroffenen aber zu Recht als unangemessen betrachtet.

Der Vergleich zeigt einen Mangel an Betroffenheit für die finstere Aktualität des Sterbens so Vieler (> 250.000 bis Nov. 2022): Angesichts der Bilder von russischen Raketen getroffener Wohnhäuser die der Außenwände beraubt, in einer skurrilen Intimität - Puppenhäusern gleich - vor uns offen liegen (Abb. 10), mit Getöteten, weinenden alten Müttern davor und toten Kindern. Da verbietet sich der Versuch einer Nivellierung, der mit den Worten beginnt: „Ja, aber der Westen...“ Hier verlangt der Respekt vor den Getöteten und dem Schicksal ihrer Familien eine „rhetorische Gedenkminute“, die ganz und gar denjenigen gehört und die nicht von der Respektlosigkeit eines lässigen Kommentars getrübt ist, auf ähnliches Unheil zu anderer Zeit und durch Andere hinzuweisen. Zu einem viel späteren Zeitpunkt, wenn das Geschehen und der Schmerz darüber verblasst sind, mag ein Vergleich wieder zulässig sein. Allein, in der schmerzlichen Aktualität des Sterbens ist er es nicht.



Abb. 12 Bundestagspräsident Philipp Jenninger während seiner Rede zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome am 10. November 1988 im Deutschen Bundestag (© Bundesregierung, B 145 Bild-00045292, Foto: Lothar Schaack)

Philip Jenninger, deutscher Bundestagspräsident 1984-1988 hatte in seiner Funktion als zweithöchster Amtsträger im deutschen Staat, aus Anlass des 50. Jahrestages der November-Pogrome 1938 einen Redetext für gut befunden, den er am 10. November 1988 im Bundestag als Rede vor geladenen Repräsentanten des deutschen und internationalen Judentums hielt: Darin kommentierte er das Geschehen in unglücklicher Wortwahl, nämlich in der Sprachform der erlebten Rede und in nicht eindeutig erkennbarer Distanz des Redners zum vorgetragenen Befund“ (Wolfgang Benz). Ein weltweiter Proteststurm war die Folge und Jenninger trat schon am folgenden Tag von seinem Amt zurück.

Der bekannte deutsche Publizist Sebastian Haffner schrieb dazu: „Jenninger hatte kein Gespür für den Anlass. Wenn ein Mensch ermordet worden ist, spricht man an seinem Grab nicht von der interessanten Persönlichkeit des Mörders.“ Besser kann man es nicht ausdrücken.

Thema 9: Der Irak-Krieg sei vom Westen bewusst wegen des irakischen Öls angezettelt worden.

Antwort: Die wiederholte Einordnung des Irak-Kriegs als Zeichen immerwährender westlicher Kriegsbereitschaft ohne aktuellen Grund scheint im Nachhinein teilweise begründet und teilweise nicht. Der Irak hatte 1980 völkerrechtswidrig den Iran angegriffen. Nachgewiesen war auch der Massenerschießung Saddam Husseins an der kurdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit der Anwendung von Giftgas in der Stadt Halabja im Jahr 1988, bei dem 4000 kurdische Menschen einen qualvollen Erstickungs-Tod starben. Das Vorhandensein von Giftgas im Irak war zu Beginn des Irak-Kriegs im März 2003 also nicht völlig abwegig. Am 8. November 2002 wurde vom UN-Sicherheitsrat die UN-Resolution 1441 verabschiedet. Sie fordert den Irak auf, die bisherigen Resolutionen bedingungslos zu akzeptieren und den UN-Kontrolluren ungehinderten Zugang zu ermöglichen.



Abb. 13 Familiengräber für Opfer des Giftgasangriffs von 1988 - Halabja - Kurdistan - Irak, Foto: Adam Jones, Ph.D via Wikimedia Commons

Es gab zu der Zeit also eine begründete tendenziell antiirakische Stimmung, insbesondere nachdem der Irak im August 1990 auch noch den Nachbarn Kuwait überfallen hatte und damit auch die Ölversorgung des Westens gefährdet hatte. Es ist also festzuhalten: Die ersten kriegerischen Handlungen im Zusammenhang mit dem Staat Irak gingen nicht von den USA aus, sondern von Irak und der dortigen militanten Baath-Regierung unter Saddam Hussein. Wenn nach dessen Liquidierung am 30.12.2006 im Irak kein Giftgas gefunden wurde, dann bedeutete dies noch keine Sicherheit darüber, dass es tatsächlich keines gab. Zumindest gab es nach Halabja eine große Rest-Wahrscheinlichkeit dafür, dass es doch noch Giftgas geben könnte. In einem solch großen Land wie Irak kann man nicht jede Felsspalte untersuchen und die Frage gab es oder gab es nicht, war letzten Endes auch keine

Faktische mehr, sondern eine Politische. Die unmenschliche Behandlung des Volks der irakischen Kurden war für Viele auch hier ein Grund, endlich gegen dieses gehasste irakische Regime aktiv zu werden - 180 000 kurdische Menschen hatten mittlerweile - u. a. durch Husseins Giftgas - den Tod gefunden und es gab natürlich eine große Genugtuung, den Irak und seine Führer unschädlich gemacht zu sehen. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage: Wer fördert heute das Öl im Irak? Irak verfügt über 19.600 Mio to Erdöl entsprechend 8,4 % des Gesamt-Ölvorrats der Erde. (Quelle: BP -Report) und förderte im Jahr 2020 = 4,11 Mio Barrel/Tag. Zur gleichen Zeit förderten die USA 16,5 Millionen Barrel pro Tag. Für die USA ist das irakische Öl also nicht von *vitaler* Interesse, wenngleich es schon aus Gründen der Feldergröße (zehntgrößte Vorkommen weltweit) nicht uninteressant ist.

Die folgenden Länder/Firmen beuten aufgrund irakischer Konzessionen heute die irakischen Ölfelder aus: Angola, China, Frankreich, Italien, Japan, Korea, Malaysia, Niederlande, Russland, Türkei, UK, USA. Die beiden größten Förderfirmen sind CNPC (China) und BP (UK) die im Rumailafeld jeweils 2,85 Millionen Barrel pro Tag fördern. (1 Mio Barrel = ca. 160.000 m³).

Die USA sind mit ihren Firmen Occidental (1,2 Millionen Barrel/Tag) und Exxon (2,33 Millionen Barrel/ Tag) vertreten. Aber inzwischen ist auch Russland in den Kreis der im Irak ansässigen Ölförderer eingetreten. Die Firma Gazprom fördert im Badra-Feld 170.000 Barrel pro Tag und Lukoil fördert in West Qurna. Jedenfalls lässt sich nicht feststellen, dass nach dem Irak Krieg ausschließlich die Amerikaner und die Engländer vom irakischen Öl profitieren. Der größte Ölförderer ist in Wahrheit das chinesische Unternehmen CNPC zusammen mit BP British Petrol. Die geförderte Gesamtmenge auf den irakischen Feldern beträgt 20 Mio. bpd, so dass auf die amerikanische Förderung lediglich 17 % entfällt und auf die englische 20 % des Gesamtvolumens. Der weltweite Ölverbrauch beläuft sich per annum auf 31 Gigabarrel.



Abb. 14 Präsident Putin, Präsident Assad, 2018, Foto: Kremlin.ru via Wikimedia Commons

Thema 10 - Russlands Präsenz in Syrien sei rechtmäßig. Assad bat Putin 2011 um Hilfe.

Antwort: Im Fall Syrien wird verschiedentlich in der Diskussion die Intervention von Wladimir Putin dort als Folge rechtmäßigen Hilfeersuchens von Baschar al-Assad für seine Regierung dargestellt [8]. Nun handelt es sich bei Präsident Assad jedoch um eine Person, für die ein Anfangsverdacht besteht, dessen Regierung habe ungehemmt Personen liquidieren lassen. Seit Oktober 2019 läuft ein Verfahren beim deutschen Generalbundesanwalt gegen die Assad-Regierung wegen der möglichen Liquidierung von 65116 Personen im Zeitraum von März 2011 bis August 2015. In solch einem Fall lässt sich nicht ausschließen, dass es sich um Staatstyrannie handelt, und dies ist bei Weitem nicht der einzige Verdacht,

dem sich der Präsident Syriens ausgesetzt sieht. Wir haben es also bei den diskussionsmäßig angeführten Personen Assad und Hussein mit Personen in hohen Ämtern zu tun, die - wären sie zu ihrer Amtszeit vor ein internationales Gericht gestellt worden - höchstwahrscheinlich schon früher entweder zu lebenslänglicher Haft oder zum Tod durch den Strang (Saddam Hussein) verurteilt worden wären, wie dies bei Milosevic (vorzeitiger Tod im Gefängnis) Radovan Karadzic (2019 lebenslänglich) und Ratko Mladic (2017 lebenslänglich) inhaftiert später auch der Fall war.

Thema 11 - Russland sei von Beginn an in den Gremien der Nato nicht willkommen gewesen.

Antwort: Es ist nicht so wie vielfach angenommen, dass Russland nie eingeladen worden wäre, sich in irgendeiner Form in die Nato zu integrieren oder zu einem wie immer gearteten Assoziierungs-Abkommen zu kommen, im Gegenteil: Im Jahr 1991 kam es zu einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Russischer Föderation und der Nato. Das Programm *>Partnerschaft für den Frieden<*, in dem die Russische Föderation 1994 Mitglied wurde, sollte lediglich ein Beginn in dieser Richtung sein, woraufhin im Mai 1997 dann die Unterzeichnung der *>Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit<* zwischen Nato und russischer Föderation erfolgte.



Abb. 15 Russland-Nato-Council

In der Grundakte ist festgelegt, wie gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln sichergestellt werden können. Außerdem wurde im gleichen Jahr der *Russlandrat* vereinbart. In der *Erklärung von Rom* unterzeichneten im Mai 2002 19 NATO-Staaten und Russland, das einen Vertreter im Botschafterrang entsandte - zukünftig als gleiche Partner in Bereichen gemeinsamen Interesses bei der Lösung anstehender Fragen zu kooperieren. Beim Nato-Gipfel im November 2002 wurden dann die folgenden Themen als Bereiche gemeinsamen Interesses festgelegt: *Friedenserhaltung, Verteidigungsreform, Verhinderung der Verbreitung von Massen-Vernichtungswaffen und deren Trägersystemen, Rüstungskontrolle, Luftverteidigung am Gefechtsfeld, Such- und Rettungsdienste, zivile Notfallplanung, taktische Raketenabwehr und Terrorismusbekämpfung.*

Russland eröffnete 2001 eine Ständige Vertretung beim Hauptquartier in Brüssel und bei SHAPE in der Stadt Mons, Belgien. Im Jahr 2002 wurde der „gemeinsame, ständige Nato-Russlandrat“ zum „Nato-Russlandrat“ weiterentwickelt.

Dabei trafen Russland und die Allianz 2 x jährlich unter Vorsitz des Nato-Generalsekretärs Entscheidungen nach dem Konsensprinzip. Nach dem ersten Ukrainekrieg 2014 (Krim) wurden die Treffen des Nato-Russlandrats seltener. Nach der Vergiftung des Geheimdienstagenten Sergei Skripal 2018 wurde Russland dann gebeten das Personal seiner ständigen

Vertretung bei der Nato auf 20 Personen zu reduzieren, wobei den meisten von ihnen das Betreten des Nato-Hauptquartiers untersagt wurde. Russland ernannte daraufhin seit 2018 keinen ständigen Vertreter mehr. Im Jahr 2021 wies der Nato-Generalsekretär acht russische Vertreter wegen Spionage aus und verkündete die Beschränkung der Mitarbeiter auf 10 Personen. Daraufhin zog Russland alle seine bei der Nato akkreditierten Diplomaten ab und entzog den Nato-Diplomaten in Moskau ab November 2021 die Akkreditierung. Am 17.2.2022 erklärte Sergei Lawrow, der amtierende russische Außenminister, es sei Russland nicht möglich, sich weiterhin an Gesprächen zu beteiligen. Der zweite Ukrainekrieg begann eine Woche später. (Quelle für Absatz 1: Wikipedia)

Ergebnis des Laiendisputs zu den 11 Diskussions-Themen

Von den 11 Vorhaltungen des pro-russischen Disputanten entsprach eine der Realität (2). Fünf entsprachen nicht der Realität (1, 5, 6, 7, 11). Vier der Vorhaltungen (3, 4, 9, 10) können aus unterschiedlichen Sichtweisen als wahr oder als nicht wahr angenommen werden. So kann beispielsweise ein Russe der Ansicht sein, dass der Zerfall der UdSSR die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts war. Wenn jedoch ein Tscheche darüber urteilt, dann kann der den Zerfall der Sowjetunion mit gleichem Wahrheitsgehalt auch als größten Glücksfall betrachten. Es lässt sich also feststellen, dass die Vorhaltungen des pro-russischen Disputanten *überwiegend* nicht der Wahrheit entsprechen. Nach dem Grunde befragt würde der Autor sagen: Aus Voreingenommenheit und unzureichendem Faktenstudium. Diese Aspekte sind oftmals Ursachen der Einschränkung sachlicher Dispute und fehlerhafter conclusions. Der Dialog mit nicht ausreichend sachkundigen Partnern ist also nicht zielführend und im Wesentlichen Zeitraubend.

Teil III: Zur Person des Präsidenten Putin



Abb. 16 Wladimir Wladimirowitsch Putin (*1952), Foto: Roman Kubanskiy via Wikimedia Commons

Wladimir Putin, *1952 in ärmlichen Verhältnissen in Leningrad aufgewachsen. Nach Schulzeit Jurastudium, ab 1975 Mitarbeiter beim russischen Geheimdienst KGB war seit 1999 bis heute (2022) mit Ausnahme der Jahre 2008-2012, Präsident der Russischen Föderation. Die russische Verfassung von 1993 beschränkte das Präsidentenamt auf max. 2 Legislaturperioden von je 4 Jahren Dauer. Die Verfassung wurde 2020 auf Präsident Putins Wunsch hin geändert, so dass er nun theoretisch bis 2036 regieren kann, falls er gewählt wird. Danach ist er, seine Familie und sein Vorgänger Dmitri Medwedew von der Verfolgung durch die Justizbehörden ausgenommen.

Denken wir an den persönlich einnehmenden, knapp 50-jährigen Präsidenten zur Zeit seiner Bundestagsrede im Jahr 2001 und sehen wir ihn heute - 20 Jahre danach - mit unzufriedener, gelegentlich von Erregung und Groll gezeichneter Miene 200.000 junge Reservisten von ihren Familien und Arbeitsstellen weg in die teils schon heute bis zur Unkenntlichkeit zerstörte Ukraine schicken um dort „Faschisten zu jagen“, dann erinnert das ein wenig an die Figur des Captain Queeg in dem Buch/Film „Die Caine war ihr Schicksal“ von Herman Wouk.

Jedenfalls kommt die Befürchtung auf, dass es möglicherweise um die Gesundheit des 70-jährigen Präsidenten nicht gut bestellt ist. Für einen laienhaften Beobachter der Weltpolitik gab es in den vergangenen Jahren nichts, was so gravierend schien, dass man dafür mitten in Europa einen Krieg dieses Ausmaßes riskieren würde und diesem Gemetzel auch noch eine atomare Bedrohung hinzufügen müsste.



Abb. 17 Peter I., der Große (1672-1725), Ölgemälde von Jean-Marc Nattier, 1717

Ein Problem das sich stellt, ist schlicht der Tatsache geschuldet, dass Putin es bisher verstanden hat, manche „checks and balances“ die ihn persönlich betreffen, auszuschalten oder zu umgehen. Denkt man zurück an den Kreis der im Kreml versammelten Herren, die Putin vor laufenden Kameras befragte ob sie für den Einmarsch in die Ukraine wären und erinnert man auch Putins Drohungen er habe fürchtbare Waffen zur Verfügung – so wie sie die Welt noch nie gesehen habe - und er sei durchaus bereit, diese auch einzusetzen [9]. Damit stellt sich automatisch die Frage: Wäre Putin beispielsweise erkrankt, so wie einst sein Vorgänger Breschnew: Gäbe es dann in seinem Umfeld jemand, der die Autorität hätte, ihn ggf. auch gegen seinen Willen von einem internationalen Ärztegremium untersuchen zu lassen? Oder wäre es schlimmstenfalls die einzig vorgesehene Möglichkeit, dass er selbstbestimmt zurücktritt? Oder eine zweite Frage: Welche technischen Möglichkeiten sind den russischen Militärs geboten „njet“ zu sagen, wenn Präsident Putin in der ihm eigenen Eloquenz in einem Anfall von Erbitterung den Atomknopf betätigen will?

Präsident Putin hat das Thema *Atomschlag* jüngst immer wieder in die Diskussion gebracht und neuerdings sogar der Ukraine unterstellt, sie baue eine „schmutzige Bombe“ um diese gegen Russland einzusetzen. Aus Bruchstücken von Putins Reden einerseits und andererseits aus seinem Wikipedia Psychogramm (Elternhaus arm – 2 Geschwister sterben in der Kindheit - in früher Jugend Raufbold - bricht einem Klassenkameraden in einem Handgemenge (wahrscheinlich ungewollt) ein Bein - begeisterter Kampfsportler, erkämpft sich im Judo den 7. Dan. Studiert bis zum 23. Lebensjahr Jura. Ab 1975 bis 1990 Mitarbeiter beim russischen Geheimdienst in Dresden, dann 1990 nach Moskau zurückberufen - zunächst von seinem Universitätsprofessor Anatoli Sobchak gefördert, der Bürgermeister von Leningrad wurde.



Abb. 18 Wladimir Putin, 2021 in Moskau, Foto: AFP

Es lassen sich verschiedene, aus Putins Sicht plausible Motive für sein kriegerisches Verhalten annehmen: Beispielsweise vergleicht sich Putin bei einem öffentlichen Auftritt mit jungen Vertretern russischer Unternehmen und start-ups mit *Zar Peter dem Großen* [10]: Dieser hätte von Schweden im Großen Nordischen Krieg 1700-1721 nicht Teile „erobert“, sondern lediglich eine Wiederinbesitznahme russischer Erde vollzogen. Denkt man diese Einlassung ein wenig weiter, so könnte sie aus Putins Sicht auch als Grundlage für

seine Russland-Ukraine-Politik zutreffen. Ihm wüchse dadurch in der Geschichte Russlands eine historische Bedeutung zu, nämlich als *Restitutor eines russischen Großreichs*.

Bereits 2021 hatte sich Putin in seinem Aufsatz: „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“ [11] dahingehend ausgelassen, dass die Ukraine keine *unabhängige Nation* sei, sondern vielmehr Teil einer historischen „dreieinigen russischen Nation“ (Russland, Weißrussland, Ukraine). Zudem liege die Ukraine in ihrem aktuellen Grenzverlauf auf einstmals russisch angestammtem Gebiet. Der ukrainische Präsident Selensky kommentierte ironisierend, dass die seitens Putin beschworene Brüderlichkeit zwischen Russen und Ukrainern ihn eher an die Legende von Kain und Abel erinnere.

Der Heidelberger Psychiater Professor Rainer Holm-Hadulla schreibt - angeregt durch einen Aufsatz von Detlef Junker [12] - in einem Artikel der NRZ vom 2.4.2022 [13]:

„Ich fürchte, dass bei Wladimir Putin die Idealisierung von Macht und Größe unter Preisgabe des Lebens eine große Rolle spielt. Er scheut sich nicht, grausame und brutale Herrscher wie Iwan den Schrecklichen als quasi mythologische Gestalten zu verherrlichen. Die historischen Begründungen, die Putin für sein Zerstörungswerk liefert, berücksichtigen weder das Leiden lebendiger Menschen noch ihre Sehnsüchte und Zukunftshoffnungen. Sie bereiten lediglich auf Verwüstung und Tod vor. Sie erinnern den Psychiater und Psychoanalytiker an verzweifelte Menschen die Andere und schließlich sich selbst zerstören, um ein grandioses Ideal aufrecht zu erhalten. Die Einsicht in die eigene Vergänglichkeit wird verleugnet und der Selbsthass wird nach außen gewandt. Im schlimmsten Fall entwickelt er eine grandiose Zerstörungslust. Auch der innere Reichtum vieler älterer Menschen, die Erfüllung in ihren lebendigen Erinnerungen, glücklichen kulturellen Erfahrungen und der Freude an ihren Nachkommen finden, wird neid- und hassvoll zerstört. Präsident Putin wird über diese Motive von Selbst- und Weltzerstörung nicht nachdenken, aber vielleicht jemand in seinem Umfeld.“

Dass Professor Holm-Hadullas Befürchtungen nicht unbedingt weit hergeholt sein müssen, wird deutlich, wenn wir an den tragischen Selbstmord des German Wings-Flugkapitän Andreas Lubitz denken. Lubitz war dem Vernehmen nach ein Suizid-gefährdeter Flugkapitän, der nicht allein sterben wollte, sondern am 24. März 2015 bei seinem mutwillig herbeigeführten Absturz einer Airbus A320-211-Maschine auf dem Weg von Barcelona nach Düsseldorf 150 Menschen mit in den selbst gewählten Tod nahm.

Oder, die Ukraine betreffend einmal anders gefragt: Steht hinter Präsident Putins Kriegshandlungen eventuell ein lang-

fristig angelegter Plan zur gewaltsamen territorialen Veränderung Europas [14]? Der Gießener Politologe Claus Leggewie hat sich um eine Antwort bemüht: Er schreibt [15] „Putin ist nicht verrückt, er handelt ideologisch konsequent“.

Es stellt sich für Viele von uns Beobachtern aus der Wirtschaft die Frage: Welche Motive könnte Wladimir Putin für einen Krieg - insbesondere für einen derart schmutzigen Krieg - haben, der mit Atomkriegs-Drohungen der Liquidierung des ukrainischen „Brudervolks“ und der Beschießung von Atommeilern einhergeht. Und es stellt sich auch die dringende Frage an kriegführende bzw. kriegsbereite Politiker: Welcher mögliche territoriale Gewinn oder welcher Gewinn an nationalem Einfluss rechtfertigt das Elend so vieler betroffener Menschen, die in solchen Kriegen ihre Arbeitsplätze, ihr Hab und Gut, ihre Heimat, ihre Angehörigen, ihre Gesundheit oder für bisher über 100.000 Personen gar ihr Leben verlieren. Und mit jedem weiteren Kriegsmonat sind es 11.000 mehr. Wir wissen es nicht.

Mögliche Kriegsziele aus der Sicht des Präsidenten Putin könnten sein:

- Die Annektion und Russifizierung teils russischsprachiger Territorien der Ukraine (wie bereits geschehen).
- Eine Wiederherstellung der politischen Abhängigkeit der Ukraine von Russland.
- Die Ukraine als historisch basierte territoriale Voraussetzung für ein „Putin-Großreich“ [14].
- Die Verhinderung des Entstehens einer demokratischen Gesellschaft in der territorialen Nähe Westrusslands und einer demokratisch und Rechts-orientierten NATO-Präsenz.
- Die Zerstörung jeder bisher gewachsenen demokratischen Ordnung in der Ukraine zur Schwächung des ukrainischen Lebens.
- Die Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur im Sinne einer Lähmung des Landes durch Bombardierung der Elektrizitäts- und Wasserversorgung, des Schienenverkehrs und der Krankenversorgung.

Letzten Endes brächte uns die Putinsche Vision vom monolithischen Block der slawischen Völker lediglich ein historisch basiertes Vehikel, das irgendwo um das Jahr 1000 beim Volk der Rus beginnt. Was er mit der Geschichte erreichen könnte, ist bestenfalls eine artifizielle Nobilitierung Russlands zu einem historisch bedeutsamen Staatengebilde, vergleichbar mit dem Reich von Peter dem Großen und in dieser Version ist für ihn die Ukraine natürlich essentiell. Auf dem Grunde dieser historischen Argumentation möchte er die Ukraine sicher fortan als Teil seines Imperiums betrachten, vielleicht aus Gründen einer befestigten Sicherheitsarchitektur. Aber nach unserer Auffassung definieren sich Nationen in erster Linie nach der Binde-

kraft ihrer sprachlichen Identität. Der schöngestige Ausflug Wladimir Putins in Richtung vergangener Reiche wie das des Iwan IV ist vielleicht schon ein letztes Hinüberwinken in eine Potentatenwelt fern von den Bedürfnissen unserer Zeit [16].

Um Wladimir Putins Handlungsweise noch besser einzuordnen ist es hilfreich, einen Blick auf seine geistigen Vorbilder zu werfen. Das sind nach Claus Leggewie [15] vor allem:

Iwan Alexandrowitsch Iljin, (1883-1954)

Iljin war ein konservativer Monarchist, Religionsphilosoph, Jurist, Antibolschewist und orthodoxer Christ. Iljins Traum war die Wiedererrichtung des Zarenreiches. Sein Feindbild war der Leninsche Bolschewismus. Er schrieb - vor Allem im Schweizer Exil - 50 Bücher, die sowohl bei den Nazis als auch in Russland verboten waren. Russland nannte er „ein christliches Heilsversprechen“. In Putins Reden finden sich immer wieder Zitate von *Iwan Iljin*. So zitierte er jüngst Iljins „organisches Modell“ russischer Staatlichkeit. In diesem Sinne spricht er von Russland und der Ukraine als ein Volk im Sinne von gemeinsamen Traditionen, Mentalität, Geschichte und Kultur sowie einer ähnlichen Sprache.

Alexander Geljewitsch Dugin, (geb. 1962)

Ist ein bekannter ultranationalistischer bzw. neofaschistischer Politiker und Politologe. Seit 1987 Mitglied der radikal-nationalistischen und antisemitischen Gruppierung PAMJAT. Durch seine Begegnungen mit dem Philosophen Alain de Benoist (dem Vordenker der neuen Rechten) und dem rechten Politiker Jean-Francois Thiriart (1922-1992) wurde er zum russischen Traditionalismus zurückgeführt. Im Jahr 2001 verfasste Dugin ein Manifest „Eurasien über alles“ Im Jahr 2014 erfolgte durch Dugin ein Mordaufruf an die Unterstützer der ukrainischen Regierung. Nach einer Petition mit 10.000 Unterschriften wurde Dugins Vertrag als Professor der Lomonossow-Universität nicht verlängert. Dugin wird von manchen deutschen Zeitungen als „Vordenker“ (Der Spiegel), „Einflüsterer“ (FAZ) von Wladimir Putin bezeichnet.

Betrachten wir das nebenstehende BIP/Kopf als wirtschaftlichen Leistungsparameter und die Patentregistrierungen/Mio. Einwohner als techn. Innovationsparameter so ergeben sich aus dem Internet die in Tabelle 1 aufgelisteten Daten.

Vergleichen wir die Innovations- und Leistungsdaten führender Industrieländer mit denen Russlands, so zeigt sich deutlich die russische Schwächeposition. Das Land ruht sich offenbar auf der Förderung und dem Verkauf von Bodenschätzen aus und die Innovationskraft liegt bei lediglich einem Bruchteil der Innovationskraft von Japan. Außer bei Waffen, Gas und Öl muss Russland seine internationale Bedeutung aus westlicher Sicht weiterhin erarbeiten. Aus der Tabelle

Land	BIP pro EW	Patente/ Mio. EW	Faktor seit 2000
China	10.484	959	8,04
Deutschland	45.733	819	2,01
Japan	40.113	1807	1,66
Russland	10.037	168	3,66
USA	63.416	818	2,12

* IWF Schätzung für 2020 - Kaufkraft-bereinigt

Tab. 1

wird außerdem deutlich, mit welchem Faktor die ausgewählten Länder ihr BIP in den vergangenen 22 Jahren multipliziert haben. Da liegt China mit einem Faktor von 8,04 ökonomisch gesehen beängstigend weit vorn und die USA liegen mit einem Faktor von 2,12 beängstigend weit zurück. Ökologisch gesehen könnten mäßige BIP-Steigerungen ja sinnvoll sein solange sie nicht zu Verwerfungen führen, die es China erlauben würden, eine aggressive Politik nicht nur gegen Taiwan, sondern auch gegen andere demokratisch regierte Staaten durchzusetzen.

Was bleibt von Gorbatschow und Putin?

Mikhail Gorbatschow (1931-2022) wird sicher als eine Hoffnungsgestalt unter den russischen Präsidenten in die Geschichte eingehen, als die er heute, außer in Russland, hoch angesehen ist. Er gab den von Russland besetzten Völkern die Freiheit zurück, wenngleich um den Preis der Zerstörung des sowjetischen Imperiums, das angesichts seiner Inhomogenität, seiner mangelnden Struktur und seiner wirtschaftlichen Probleme zerbrochen war.

Wladimir Putin (*1952) war der große „Aufräumer“ dem die Aufgabe zukam, zu ordnen was Breschnew, Gorbatschow und Jelzin an Wirrem hinterlassen hatten, die Wirtschaft auf Erfolgskurs zu bringen und das heruntergekommene Russland wieder in den Kreis der angesehenen Industrieländer zu integrieren. Er hatte gute Erfolge in seinen Anfangsjahren, konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, zum rechten Zeitpunkt zurückzutreten.

Mit dem Ukrainekrieg hat Putin seinen Abgesang eingeläutet, seine historische Position als Ordnungshüter hat er damit unnötig demontiert. Jetzt wird man sich nicht mehr auf seine staatsmännischen Leistungen konzentrieren, sondern auf seinen Charakter. Ein großer Staatsmann wird man scheinbar nicht leicht aus dem Plattenbau heraus (siehe Baron de Montesquieu, Fürst Otto von Bismarck, Mahatma Ghandi, Winston Churchill-Duke of Marlborough, Charles de Gaulle).

Schlußwort des Autors

Wo liegt nun die zukunftsorientierte Herausforderung für die Putin-Nachfolger? [17] Zweifellos doch in der Integration Russlands in „das europäische Haus“ wie Präsident Putin selbst es in seiner Rede vom 25.9.2001 im deutschen Bundestag formuliert hat – Pufferzonen hin, Pufferzonen her. Wenn er und seine Nachfolger dieses Ziel nicht früh genug angehen, dann werden sie einst China als führende Weltmacht akzeptieren müssen und das würde für sie vielleicht die schmerzhaftere Variante sein im Vergleich mit der Zugehörigkeit zu einem (dann wahrscheinlich gemäßigt demokratischen) Europa. Aber die größte Schwäche aller autokratischen Systeme ist die Akzeptanz und die Systemimmanenz von Lüge und Respektlosigkeit gegenüber Andersdenkenden.

Wo finden wir die versöhnlichen Kräfte, die jetzt gefragt sind? Philipp Gassert erwähnt in seinem Aufsatz [18] die Friedensbe-



Abb. 19 Alexander Issajewitsch Solschenizyn (1918-2008), Foto: Bert Verhoeff für Anefo via Wikimedia Commons

wegung der 80er Jahre, die heute, wo sie vielleicht gebraucht würde, im Bundestag keine nennenswerte Lobby mehr habe.

Frau Krone-Schmalz kam bei der Diskussion nach einem Vortrag in Reutlingen mit einem Namen heraus, den man sich jetzt in Erinnerung rufen könnte, ein Name mit Beruhigungspotential: Angela Merkel. Nicht ganz von der Hand zu weisen, aber hätte Putin auf sie hören wollen, so hätte er sicher schon früher die Gelegenheit gehabt.

Die Würde eines Volkes kann nur auf dem Boden von Wahrheit und freier Meinungsäußerung Bestand haben. Der Literatur-Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn sagte: „Die Gewalt findet ihre einzige Zuflucht in der Lüge und die Lüge ihre einzige Stütze in der Gewalt. In unserem Land ist die Lüge nicht nur zu einer moralischen Kategorie geworden, sondern zu einem Grundpfeiler unseres Staates.“

In diesem Konflikt geht es in Wahrheit um nicht weniger als um die Polarität von Diktatur und Demokratie. Das sollen wir stets im Auge behalten, wenn wir an ein neues Russland denken.

Literatur

- [1] „Studie zur Korruption innerhalb des staatlichen Bereichs der EU-Mitgliedsstaaten Abschlussbericht - Stand Juni 2007“ Europäische Kommission - Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit
- [2] Jerrold M. Post „The Psychological Assessment of Political Leaders: With Profiles of Saddam Hussein and Bill Clinton“
- [3] WELT, Geschichte „Sex im Kanzleramt“ - „Willy Brandt und seine erotischen Zuführungen“ (Ausg. 18.4.2013)
- [4] Breschnew-Biografie, Susanne Schattenberg: „Leonid Breschnew-Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins“ 2018, Herausg.: Böhlau - Köln
- [5] Archiv des Humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten Herausg. Norbert B. Wagner, 3. Aufl. Brühl/Wesseling, April 2012, Band 2/I Ergänzungsband. (Erster Teilband, Ergänzungsband)
- [6] Wikipedia: Liste der Militäroperationen Russlands und der Sowjetunion
- [7] Detlef Junker „Power and Mission - Was Amerika antreibt“ Herder Verlag Freiburg, 2003, (ISBN 10 - 345 128 2518) siehe auch:
Catrin Knußmann >Zu: „Power und Mission“ von Detlef Junker< Rezension, Grin-Verlag - Sektion Politik
- [8] Marc Thörner „Syrien als Blaupause für den Ukrainekrieg“ Deutschlandfunk - 28.4.2022

- [9] Warum Atomwaffen für Putin eine Option sein könnten „Seine Selbstdestruktivität schliesst Suizid ein“, ein Interview mit dem Psychoanalytiker Prof. Hans-Jürgen Wirth
- [10] „Zurückholen und stärken“ - Putin vergleicht sich mit Zar Peter dem Großen, ntv Politik, 10.06.2022, Quelle: ntv.de, lve/dpa
- [11] W. Putin „On the historical unity of Russians and Ukrainians“ published in February 2022, Herausgeber „President of Russia“ Kremlin, Moscow
- [12] „Hitler, Putin und der Sinn der Geschichte“ Detlef Junker, Rhein-Neckar-Zeitung vom 26.03.2022.
- [13] „Putin und der Tod“ von Rainer M. Holm-Hadulla, Rhein-Neckar-Zeitung vom 2.4.2022 www.rnz.de
- [14] Sandra Kathe „Putin verrät überraschend den russischen Langzeitplan.“ Frankfurter Rundschau 18.6.2022
- [15] Claus Leggewie „Putin ist nicht verrückt, er handelt ideologisch konsequent“, Spiegel-Geschichte, 2.3.2013
- [16] Cicero - Magazin für politische Kultur: „Im Krieg mit dem Westen, Wladimir Putins Geschichts- und Weltbild“ von Anna Kim und Philip Rosin (2.3.2022)
- [17] Alexej Nawalnyj „Wie Putin besiegt werden kann“, FAZ 30.09.2022
- [18] Philipp Gassert „Wo ist die Lobby der Pazifisten hin?“, *Zeit online*, 29.05.2022

Zum Autor



Win Labuda, *1938, ist Autor von Schriften über angewandte Technologien sowie zur bildenden Kunst und Politik. Zudem ist er Gründer eines Prüf- und Forschungslabors für Oberflächen-Reinheit. Aus seiner Feder stammen 40 Fachaufsätze und Vorträge zu Themen der Technik-Geschichte, der Reinraumtechnik und insbesondere des wischenden Reinigens, die nahezu alle beim VDI-Verlag und Wiley-VCH-Verlag veröffentlicht wurden. Die vorliegende Schrift ist nach „Wollen wir denn so weitermachen?“, seine 2. politische Schrift die beide als Netzpublikationen abrufbar sind. Internet-Adresse: www.labuda.de